

Die Linke

Stadtverband
Vlotho



Vlotho vor dem Haushaltssicherungskonzept

Die Linke kritisiert die Stadtverwaltung

Die Stadt Vlotho will für das Jahr 2026 in ein HSK gehen - also ein Haushaltssicherungskonzept. Die Abstimmung darüber fand im Rat am 26.03.2026 statt. Das bedeutet nicht nur Sparmaßnahmen in allen Bereichen der Stadt, sondern auch, dass keine neuen Investitionen getätigt werden können. Zudem handelt es sich hierbei um Maßnahmen, die – ganz im Gegensatz zum ersten Anschein, nicht nur das Jahr 2026 betreffen werden. Stattdessen wird sich das HSK bis 2036 ziehen. So eine Haushaltssicherung und die dazugehörigen Sparmaßnahmen zu beschließen ist nichts, was leichtfertig getan werden sollte. Wir von den Linken sind uns dieser Verantwortung bewusst und kritisieren in diesem Zusammenhang die mangelnde Transparenz der Stadt zu ihren Finanzen. Wenn man sich einen Überblick über die finanzielle Situation von Vlotho machen will, wird es einem nicht leicht gemacht. Die erste Anlaufstelle, um belastbare Zahlen zu erhalten, sind die Jahres- bzw. Gesamtabschlüsse der Stadt. Erst dort wird aufgearbeitet, ob die im Vorjahr beschlossenen Haushalte eingehalten wurden, wie viele Rücklagen die Stadt hat und was der Schuldenstand ist.

Der letzte Jahresabschluss, den Vlotho bereitstellt, ist aus 2020. Der Jahresabschluss aus 2019 fehlt. Damit ist weder für die Bürgerinnen und Bürger noch für die Ratsmitglieder einsichtig, was der tatsächliche Stand in Vlotho ist. Ein Großteil der Erträge der Stadt kommen aus den Abgaben der Vlothoer Bürger*innen. Jeder von ihnen hat ein Anrecht zu wissen, was mit diesem Geld passiert. Alle Zahlen, die von der Kämmerei vorgelegt werden, sind nicht unabhängig kontrollierbar. Klar ist, dass die Lage in Vlotho schlecht ist, aber wie soll der Rat sinnvolle Entscheidungen treffen, wenn alle vorliegende Zahlen im Zweifel ungeprüfte Prognosen sind? Wenn nicht klar nachzuvollziehen ist, wo in den letzten Jahren mehr oder weniger Geld benötigt wurde? Der tatsächliche Ist-Zustand der Stadt bleibt unbekannt. Die fehlenden Abschlüsse sind ein Versäumnis der Stadt. Sowohl gegenüber dem Rat als auch den Bürger*innen hat die Stadt die Verantwortung, seine Arbeit transparent zu machen. Ohne dies, kann der Rat kaum ihren Aufgaben nachkommen.

Die Linke kritisiert die Stadtverwaltung

Der tatsächliche Ist-Zustand der Stadt bleibt unbekannt. Die fehlenden Abschlüsse sind ein Versäumnis der Stadt. Sowohl gegenüber dem Rat als auch den Bürgerinnen und Bürgern hat die Stadt die Verantwortung, seine Arbeit transparent zu machen. Ohne dies, kann der Rat kaum ihren Aufgaben nachkommen.

Doch statt über diesen Umstand diskutierte der Rat eher um eine Vorplanung für den Bürgerpark am Jahnstadion. Allen Ratsmitgliedern war klar, dass im Haushalt 2026 nur Gelder für eine solche Vorplanung eingeplant waren und das Projekt durch das HSK für die nächsten zehn Jahre nicht angegangen werden kann. Trotzdem wurde es so dargestellt, als würde nicht eine Vorplanung – die in 10 Jahren nicht mehr den aktuellen Umständen und Vorgaben entsprechen wird – gestrichen werden, sondern die aktive Umsetzung des ganzen Projektes.

Wir fordern mehr Transparenz von der Stadt ein. Dass die Zukunft der Stadt auf provisorischen Zahlen und blindem Vertrauen gegenüber der Stadtverwaltung baut, ist nicht tragbar. Wir sehen die Verabschiedung dieses Haushaltes daher kritisch, freuen uns aber über den Beschluss des Rates alle fehlenden Jahresabschlüsse bis zur nächsten Haushaltsberatung zur Verfügung zu stellen.